

England: Sozialhirtenbrief der katholischen Bischöfe

Ende Oktober veröffentlichte die englische Bischofskonferenz unter dem Titel „Das Gemeinwohl und die Katholische Soziallehre“ einen vielbeachteten Sozialhirtenbrief. Die Bischöfe wollen, mit Blick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen, vor allem in den Gemeinden ein Bewußtsein schaffen für die Bedeutung der Katholischen Soziallehre in der aktuellen politischen Debatte.

Seit geraumer Zeit ist in den englischen Medien von einer „Renaissance der Moral“ innerhalb der britischen Gesellschaft die Rede, von einer Rückbesinnung auf Werte und Tugenden in den politischen Auseinandersetzungen. Zeitgleich mit der Aussendung des Sozialhirtenbriefes an die katholischen Gemeinden veröffentlichte die Witwe eines von Jugendlichen erstochenen katholischen Schuldirektors in der „Times“ ein flammendes Plädoyer für eine nationale Bewegung, die sich der Überwindung der gesellschaftlichen Verwerfungen und der Gewalt annehmen sollte, vor allem aber „der Erziehung der kommenden Generation zu guten Staatsbürgern“. Politiker aller Couleure ebenso wie Repräsentanten von Kirchen und Religionsgemeinschaften begrüßten und unterstützten diesen Aufruf zur „Verbesserung des moralischen Klimas“.

Mit einiger Skepsis gegenüber der etwas zu moralischen Rhetorik in der Öffentlichkeit karikierte die katholische Wochenzeitung „The Tablet“ jüngst einen „Ich-bin-frömmer-als-Du-Wettbewerb“ unter den politischen Führern des Landes. Denn Politiker aller Parteien bekräftigen derzeit ihre Übereinstimmung oder zumindest doch Sympathie mit christlichen Wertvorstellungen, betonen gar wie jüngst erst Premierminister *John Major* ihre regelmäßige Gebetspraxis.

Unabhängig von solchen Publicity-trächtigen Auswüchsen scheint sich jedoch in Parteien ebenso wie in anderen gesellschaftlichen Gruppierungen

und Institutionen eine gemeinsame Front auszubilden: gegen eine meist mit dem „Thatcherismus“ in Verbindung gebrachte „Überindividualisierung“ der britischen Gesellschaft. Die mangelnde Balance zwischen der Verfolgung von Eigeninteressen und dem Einsatz für das Gemeinwohl, das dadurch geprägte gesellschaftliche Klima wird nicht zuletzt für das vielfach beklagte hohe Gewaltpotential bei der Jugend verantwortlich gemacht.

Kein parteipolitisches Programm

Um den von einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Bischofs von Leeds, *David Konstant*, in zweijähriger Arbeit erstellten Sozialhirtenbrief richtig einordnen zu können, ist aber noch ein weiterer Aspekt zu berücksichtigen: Der Kommentator von „The Tablet“ (26.10.96) wertete den bislang beispiellosen Beitrag der katholischen Bischöfe zur aktuellen politischen Diskussion als „Coming of age“, als Mündigwerden der katholischen Kirche in England. Der katholische Journalist *Paul Vallely* freute sich im „Independent“, die Kirche habe sich mit dem Schreiben aus der lange gepflegten, selbstaufgelegten Defensive gewagt, die in der früher traditionell antikatholischen Haltung der britischen Öffentlichkeit ihre Ursache hatte.

In jedem Fall konnten sich die Bischöfe über eine lebhafte Resonanz freuen, auch über die Unterstützung

und Wertschätzung ihres Dokumentes durch Repräsentanten anderer Kirchen und Religionsgemeinschaften, allen voran den Erzbischof von Canterbury, *Georg Carey*, der den Sozialhirtenbrief als einen wichtigen Beitrag für die ganze Nation würdigte. Zugleich nahm Carey seine katholischen Amtsbrüder aber auch vor Mißverständnissen und -interpretationen in Schutz, indem er sich gegen jede parteipolitische Vereinnahmung des engagierten Hirtenbriefes wandte. Ein Teil der britischen Medien und besonders der den Konservativen nahestehenden Zeitungen hatten das Dokument sofort als „Wahlhilfe“ für die Labour-Party unter *Tony Blair* bezeichnet.

Dabei kann man weder der Bischofskonferenz noch der von ihr beauftragten Autorengruppe – neben den Bischöfen von Liverpool, Southwark, Plymouth und East Anglia gehörten dieser auch Priester und Laien an – Blauäugigkeit gegenüber solchen Vereinnahmungsversuchen vorwerfen. Schon in seinem Vorwort zu dem Sozialhirtenbrief, der zuallerst eine breite Darstellung der zentralen Gedanken und Prinzipien der Katholischen Soziallehre leistet, verwahrt sich der Vorsitzende der Bischofskonferenz, der Erzbischof von Westminster, Kardinal *Basil Hume*, die Bischöfe wollten ein politisches Programm, gar ein parteipolitisches, vorlegen.

Auch gegen die Unterstellung plumper Wahlempfehlung in den auf die aktuelle soziale und wirtschaftliche Situation bezogenen, konkreteren Äußerungen des Dokumentes grenzen sich die Bischöfe ab: „Keine der großen politischen Parteien verdient die uneingeschränkte Unterstützung durch die Katholiken, keine von ihnen ist von dieser Unterstützung prinzipiell ausgeschlossen“ (Nr. 55).

Mit dieser begründeten Selbstbeschränkung haben sich die Bischöfe keineswegs nur Zustimmung eingehandelt. Heftige Kritik kam von Seiten engagierter Abtreibungsgegner. Zwar haben die Bischöfe in dem Dokument Abtreibungen und deren wachsende gesellschaftliche Akzeptanz deutlich verurteilt. Ebenso äußern sie die Be-

fürchtung, die Aufweichung des unbedingten Schutzes des Lebens in allen seinen Phasen werde nicht ohne Konsequenzen für andere Bereiche, vom Umgang mit alten Menschen über die Embryonenforschung bis zur Gentechnik, bleiben.

Im Kontext einer Passage aber, in der die Bischöfe das schlechte öffentliche Ansehen der Politiker, eine zynische Mißachtung ihrer Leistung und Verantwortung sowie das von zuviel Polemik und gegenseitigem Mißtrauen geprägte politische Klima überhaupt kritisieren, betonen sie auch: Für die Wahlentscheidung und das Urteil über einzelne Kandidaten dürfe nicht nur eine einzige politische Fragestellung und Aufgabe den Ausschlag geben, eben auch nicht die Haltung zur Abtreibung allein.

Löhne müssen angemessenen Lebensstandard sichern

Regierungsvertreter – auch der britische Umweltminister *John Gummer* in seinem ansonsten sehr wohlwollenden Kommentar in „The Tablet“ (2.11.96) – nahmen an einer anderen, als parteipolitisch diffamierten Einzelaussage des Dokumentes Anstoß. In einer Passage ihres Hirtenbriefes, in der sie sich der Frage von „gerechten und angemessenen Löhnen“ widmen und dabei unter anderem mahnen, es sei moralisch nicht akzeptabel, die Arbeitslosigkeit dadurch reduzieren zu wollen, daß man Löhne unter die zur Sicherung eines angemessenen Lebensstandards nötige Höhe senkt, geben die Bischöfe auch zu bedenken: Seien alle Versuche fehlgeschlagen, die Arbeitgeber zu einer freiwilligen Zahlung angemessener Löhne zu bewegen, räume die Katholische Soziallehre dem Staat die Möglichkeit ein, „Mindestlöhne“ festzusetzen.

Einige Konservative stießen sich auch an der Aufforderung des Hirtenbriefes, die Katholiken sollten sich, wo dies möglich sei, Gewerkschaften anschließen. „Wir glauben nicht, daß der in den letzten Jahren festzustellende

Rückgang bei der Gewerkschafts-Mitgliedschaft unbedingte ein positives Zeichen ist“ (Nr. 94). Dabei wiederholen die Bischöfe aber auch ihre Mahnung an die Adresse der Gewerkschaften, sich nicht zu eng an bestimmte politische Parteien zu binden.

Ihre Stellungnahme zur sozialen Lage der britischen Gesellschaft im allgemeinen, aber auch zu einzelnen politischen Sachfragen im besonderen begründen die Bischöfe aber nicht nur defensiv und in Abgrenzung gegenüber dem Vorwurf unzulässiger Einmischung und politischer Selbstüberschätzung. Geradezu eine Verpflichtung, aber auch die Kompetenz dazu erwache aus der tiefen Verwobenheit der Kirche in das öffentliche Leben: über das breite kirchliche Engagement im Erziehungs- und Wohlfahrtswesen als Investorin und Arbeitgeberin, über das Engagement der in diesen Bereichen aktiven unzähligen Ehrenamtlichen, aber auch über die Katholiken, die in säkularen Berufen oder sonst im öffentlichen Leben ihren Glauben zu leben versuchten.

Mit dem Sozialhirtenbrief verfolgt die Bischofskonferenz eine zweifache Zielrichtung, die sich auch in der Struktur und Gestaltung des Textes niederschlägt. Im ersten Teil stellen die Autoren die wesentlichen Prinzipien und Kerngedanken der Katholischen Soziallehre dar, verorten diese als zentral im Lehrgebäude der katholischen Kirche und betonen die prominente Stellung der „Option für die Armen“ in der kirchlichen Sozialverkündigung. Der Diskussionsbeitrag anläßlich der bevorstehenden Parlamentswahlen soll auch über diese hinaus das Interesse an der zu lange vernachlässigten Katholischen Soziallehre wecken, die Katholiken Englands überhaupt erst einmal gründlich informieren; an sie ist der Brief in erster Linie adressiert.

Dazu erfolgt eine knappe – Irr- und Umwege nicht verschweigende – Skizze der Genese und Entwicklung der Katholischen Soziallehre, ist dem 35seitigen Dokument ein Anhang mit markanten Aussagen aus den wichtigsten Dokumenten kirchlicher Sozial-

verkündigung beigelegt. Exemplarisch führt das Dokument aus, wie sich die Katholische Soziallehre zu Demokratie und Menschenrechten stellt. Die beiden zentralen Prinzipien Subsidiarität und Solidarität werden in ihrer Verwiesenheit aufeinander begründet und entfaltet. Die mit der Verkündigung und Erziehung in der Kirche beauftragten sollten alles dafür tun, den Eindruck zu vermeiden, bei der Soziallehre handle es sich um einen weniger wichtigen Bestandteil der kirchlichen Lehre, mit dem man sich nur wahlweise zu beschäftigen brauche.

Katholische Soziallehre nicht Kür, sondern Pflicht

Der zweite Teil des Dokumentes widmet sich einigen zentralen Bereichen der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung im Land, der Analyse und Beurteilung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Lage. Die einzelnen Schlußfolgerungen aus wiederum eher grundsätzlich angelegten Ausführungen zu ziehen, bleibt dabei meist Aufgabe der Hörenden und Lesenden: So würdigen die Bischöfe Markt und Wettbewerb für die Schaffung eines breiten Wohlstandsniveaus, sie warnen zugleich aber vor der Ausdehnung marktwirtschaftlichen Denkens in alle Bereiche des Lebens und betonen ihre Ablehnung neoliberaler Marktideologien.

Sie fordern eine Rückbesinnung auf den Wert der Arbeit im Lebensentwurf des einzelnen und warnen davor, diese nur noch als einen wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Faktor zu betrachten. In einem Abschnitt zu Privateigentum und Besitz erinnern sie Manager und Aktionäre daran, daß auch sie die soziale Verantwortung, die die Katholische Soziallehre traditionell mit dem Eigentum verbinde, zu übernehmen hätten. Grundsätzlich geben die Bischöfe zu bedenken: In keinem Fall könne hingegenommen werden, daß eine Gruppe der Bevölkerung von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen bleibe.

Lob erhielten die Bischöfe in diesem Zusammenhang etwa auch vom Direktor des kirchlichen Hilfswerkes „CAFOD“, der sich über die entschiedene Betonung der *globalen Herausforderungen* in dem Hirtenbrief freute. Konkret monieren die Bischöfe die ständige Absenkung der Entwicklungshilfe in allen wohlhabenden Staaten und fordern die britische Öffentlichkeit unter anderem auch auf, die britische Regierung in ihrer führenden Rolle bei der Suche nach Auswegen aus der internationalen Verschuldungskrise zu unterstützen. Auf mehreren Ebenen wenden sich die Bischöfe gegen *Abschottungstendenzen*. Bezüglich des in Großbritannien gerade auch im Wahlkampf besonders prekären Themas „Europa“ haben die Autoren eine lapidare Formel gefunden: Es sei durchaus möglich, Brite und Europäer zu sein.

Unter den verschiedenen angesprochenen Entwicklungen in der britischen Gesellschaft, die im „Wider-

spruch zu den Forderungen der Katholischen Soziallehre stehen“, räumen die Bischöfe der „sozialen Krise“ besonderen Stellenwert ein: dem Niedergang sowohl des individuellen als auch gesellschaftlichen moralischen Verantwortungsbewußtseins, dem Rückzug ins Private und der Suche nur des je eigenen Glücks. Dieser Verlust der Orientierung am „Gemeinwohl“ sei auch für die pessimistische Stimmung verantwortlich, die gegenwärtig auf der britischen Nation laste.

Dabei erinnert der Hirtenbrief die Briten, sie hätten doch stets, auch ohne den Begriff selbst zu verwenden, ein Sensorium für die Belange des Gemeinwohls gehabt. Und so beschließen die Bischöfe ihr Plädoyer und Lehrstück in Sachen Katholische Soziallehre mit einer hoffnungsvollen Bekräftigung: Die katholische Kirche wisse in ihrer sozialen Verkündigung immer darum, daß kein noch so negativer gesellschaftlicher Trend unumkehrbar sei. A. F.

Teil des von Gott geschaffenen und bejahten Menschen“. Auch zu anderen Themen des Begehrens sind entsprechende Dokumente in Arbeit.

Beginn eines „Dialogs für Österreich“

Der nun vorliegende „Herdenbrief“ ist das vorläufige Ergebnis eines über mehrere Stufen und Entwürfe verlaufenen Prozesses. Ausdrücklich wird mit diesem Text „keine Allgemeingültigkeit“ angestrebt. Man möchte mit den Bischöfen – sie sind die Hauptadressaten – in ein Gespräch eintreten. 14 Tage vor der Veröffentlichung war der Brief den Bischöfen zugegangen. So sollte ihnen ausreichend Gelegenheit gegeben werden, sich auf die öffentliche Debatte vorbereiten zu können.

Der 16seitige Brief unternimmt zehn Schritte, in denen eine positivere Bewertung der Sexualität versucht wird, als die Autoren sie in der kirchlichen Lehrverkündigung erkennen. Die bekannten Konfliktthemen wie Empfängnisregelung, Umgang mit wieder-verheirateten Geschiedenen, voreheliche Beziehungen, Homosexualität, Masturbation und andere kommen zwar vor, das Schreiben hebt jedoch nicht ausschließlich auf diese Themen ab, sondern ist um ihre Einbettung in einen breiteren Kontext des Verständnisses von Liebe, Eros und Sexualität bemüht. Das Schreiben endet mit 20 Thesen zum gesamten Fragenkomplex.

Zur Frage der Empfängnisregelung heißt es z. B., diese – „einschließlich der Wahl der Methoden“ – liege in der Verantwortung der Partner. „Ethisch bedeutsam“ sei, aus welchen Gründen ein Paar Nachkommenschaft wünsche oder verhindere (Nr. 13). Die „Trennung der Zeugung vom sexuellen Vollzug“ wird bejaht. Sie ermögliche es Frauen und Männern, „die Zahl ihrer Kinder verantwortungsvoll zu planen und der sexuellen Beziehung ihren Eigenwert als Ausdruck der Liebe zu erhalten“ (Nr. 12). Zum Thema Homosexualität

Kirchenvolksbegehren: Gemischtes Echo

Auf ein von Land zu Land recht unterschiedliches Echo stößt gegenwärtig das Kirchenvolksbegehren bzw. die sich daraus entwickelnde Bewegung. Während Bischöfe in den USA auf Grund der „Wir sind Kirche“-Initiative zusätzliche Polarisierung befürchten, hat der österreichische Episkopat grünes Licht für einen breiteren Dialogprozeß gegeben.

Das Medieninteresse am Fortgang des Kirchenvolksbegehrens bzw. der daraus entstandenen Bewegung „Wir sind Kirche“ hat merklich nachgelassen. Mancher, der in Deutschland vor Jahresfrist seine Unterschrift unter den Volksbegehrentext setzte, fragt sich Ende 1996, was aus dieser Initiative geworden ist. Ihr Fortgang nimmt sich alles in allem widersprüchlich aus. Die eindrucksvolle Zahl an Ländern, in denen man sich unterdessen dem Vorhaben angeschlossen hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Er-

wartungen nicht überall erfüllt werden.

Das Land, in dem die Bewegung am weitesten vorangeschritten ist, ist *Österreich*, wo sie 1995 auch ihren Ausgang nahm. Im Oktober erschien ein erster, von der Plattform „Wir sind Kirche“ seit längerem angekündigter sogenannter „Herdenbrief“ zum Thema „Liebe – Eros – Sexualität“. In dem vierten von insgesamt fünf Punkten des Kirchenvolksbegehrentextes hatte man sich eingesetzt für eine „positive Bewertung der Sexualität als wichtiger